

Potsdam, 06. Juli 2024

Freie Demokratische Partei
Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Dortustraße 53
14467 Potsdam
M: lvbrb@fdp.de
T: 0331 29 16 41

www.fdp-brandenburg.de

Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

Verband Deutscher Privatschulen Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.

Frage 1

Welche Bedeutung messen Sie freien Schulen in Brandenburg bei und wie beabsichtigen Sie, ihre Rolle im Bildungssystem des Landes zu fördern oder zu gestalten?

Antwort der FDP Brandenburg

Schulen in freier Trägerschaft haben für uns Freie Demokraten schon immer eine sehr hohe Bedeutung. Wir haben uns daher in Brandenburg jahrelang energisch gegen die Herabsetzung der Fördersätze des Landes an den jeweiligen Schulen gewehrt. Für uns ist klar, dass die Schulen in freier Trägerschaft zu einer vielfältigen Bildungslandschaft in Brandenburg dazugehören. Wir wollen Eltern nicht zwingen, ihre Kinder auf eine bestimmte rein staatliche Schule zu schicken, da wir dem Elternwunsch bei der Wahl der Schule und der Bildungslaufbahn ihres Kindes einen großen Stellenwert einräumen.

Frage 2

Das Verfahren für eine Schulneugründung erfordert umfangreiche Ressourcen. Oft kommt jedoch ein Ablehnungsbescheid und das kurz vor Schuljahresbeginn und trotzdem zunächst beanstandete Mängel beseitigt wurden. Wie stehen Sie zur Vereinbarung von einer besseren gemeinsamen Kommunikation diesbezüglich, mehr Transparenz, und der Einführung und Einhaltung von klaren Fristen beiderseits?

Antwort der FDP Brandenburg

Als Freie Demokraten setzen wir uns in allen denkbaren Bereichen für den Abbau von Bürokratie ein. Zudem wollen wir Antragsverfahren, wie solche, zunehmend digitalisieren, sodass Antragstellerinnen und Antragsteller den aktuellen Sachstand einsehen können.

Aus unserer Sicht ist eine von Ihnen beschriebene Situation Schikane und lässt die nötige Fairness vermissen. Es muss klar sein, dass Menschen, die sich für die Gründung einer freien Schule einsetzen, dies unter großem persönlichem Einsatz tun und im öffentlichen Interesse handeln, das Bildungsangebot in der Fläche des Landes zu verbessern und zu erweitern. Freie Schulen tragen wesentlich zum Lehrkräftezugewinn bei, indem sie hervorragende Arbeitsbedingungen für junge Lehrpersonen bieten. Dieses Potential wird verschenkt, wenn Schulneugründungen aufgeschoben und immer wieder von staatlicher Seite Hürden aufgebaut werden.

Frage 3

Wie können Sie in der Politik die Fachkräftesicherung auch in freien Schulen unterstützen? Wie stehen Sie zur Idee der Kooperation zwischen staatlichen Schulen und freien Schulen, um den Lehrkräftemangel zu bekämpfen? Wie stehen Sie zu einer Kostenbeteiligung an der Lehrkräfteausbildung an Schulen in freier Trägerschaft?

Antwort der FDP Brandenburg

Als Freie Demokraten setzen wir uns generell und flächendeckend dafür ein, allen Schulen aller Träger und Schulformen mehr Freiheit bei der Personalentwicklung einzuräumen. Wir wollen die Ausbildung von Lehrpersonen in ein duales System umbauen. Dabei sollen Schulen Bewerberinnen und Bewerber selbst auswählen dürfen. Dazu sollen alle Schulen in Brandenburg die Hoheit im Bereich Personal und Finanzen erhalten.

In unserem Wahlprogramm sprechen wir Freie Demokraten von „Mehr Freiheit für bessere Schulen“. An dieser Stelle ist es uns wichtig, deutlich zu machen, dass wir dabei grundsätzlich nicht zwischen Schulen in freier Trägerschaft und Schulen in öffentlicher Trägerschaft unterscheiden. Vielmehr wünschen wir uns nach dem Vorbild der freien Schulen mehr Freiheit und Flexibilität auch für öffentliche Schulen.

Frage 4:

Wie stehen Sie zur Sicherstellung der Finanzierung des Personals, so dass steigende Lohnkosten und die Deckung des Lehrerbildungsbedarfs von Schulen in freier Trägerschaft bewältigt werden können?

Antwort der FDP Brandenburg

Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass Schulen in freier Trägerschaft so finanziert werden, dass es keine Lücke zu einer gleich großen staatlichen Schule gibt. Weiterhin sind freie Schulen bei der Auswahl von dualen Lehramtsstudierenden in unserer Vorstellung genauso frei und selbstbestimmt, wie Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Außerdem wird eine Fraktion der Freien Demokraten im Landtag Brandenburg jederzeit offen für Hinweise und Wünsche aus den freien Schulen sein, da wir jeder Tendenz, die Bildungslandschaft einseitig auf Seiten von Schulen in öffentlicher Trägerschaft weiterzuentwickeln, entgegenwirken werden.

Frage 5:

Es ist eine enorme Herausforderung, die Finanzierung freier Schulen sicherzustellen, insbesondere wenn kurzfristige Kostensteigerungen durch Inflation, steigende Betriebskosten auftreten. Wir möchten von Ihnen wissen, wie Sie zu diesem Thema stehen und wie die Refinanzierung freier Schulen auch bei kurzfristigen Kostensteigerungen im Betriebskostenbereich sichergestellt werden können?

Antwort der FDP Brandenburg

Im Land Brandenburg herrscht seit Jahren ein Ungleichgewicht bei der Finanzierung freier Schulen gegenüber staatlichen Schulen. Dieses Ungleichgewicht führt dazu, dass kurzfristige Mehrbedarfe hochproblematisch werden können. Leider wurde das bestehende Ungleichgewicht noch verschärft, als Zuschüsse für den Regelbetrieb um weitere 5% gesenkt wurden. Weiterhin ist die zweijährige Wartezeit auf Ausgleichszahlungen nicht nachvollziehbar, da jede Schule in freier Trägerschaft auf ein staatlich genehmigtes Konzept zurückgreift. Eine erneute und ausgedehnte Prüfung von notwendigen Ausgleichszahlungen ist nicht nötig. Wir werden den Schulbetrieb an freien Schulen auf hohem Niveau sicherstellen, indem wir uns für eine Entbürokratisierung der Finanzbedarfsdeckung an Freien Schulen einsetzen.

Frage 6:

Wie stehen Sie zur Sicherstellung der angemessenen Unterstützung während der Wartezeit bzw. der Erstattung der Kosten die in der Wartezeit aufzuwenden gewesen sind?

Antwort der FDP Brandenburg

Als Freie Demokraten kritisieren wir, dass der politische Wille, staatlich anerkannte Ersatzschulen bzw. freie Schulen ab dem ersten Tag optimal zu unterstützen, fehlt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung ohne Wartezeiten wegen überbordender Bürokratie sichergestellt wird. Dieses Thema muss im Landtag präsent werden. Viel zu lange war die Situation an den freien Schulen kein Thema im Plenum des Landtages.

Wir werden mit Nachdruck darauf hinweisen, dass jede freie Schule ein umfangreich verifiziertes und genehmigtes pädagogisches Konzept hat, mit Machbarkeitsstudien die Tragfähigkeit ihres Standortes nachgewiesen hat und auf hoch qualifiziertes pädagogisches Personal zurückgreift. Daher sollte offensichtlich sein, dass umfangreiche und zu bürokratische Prüfprozesse obsolet sind.

Frage 7:

Wie stehen Sie zur regelmäßigen finanziellen Unterstützung und Förderung der Jugend- und Schulsozialarbeit an Schulen in freier Trägerschaft?

Antwort der FDP Brandenburg

Eine passgenaue Versorgung mit Schulsozialarbeit ist für alle Schulen – unabhängig von der Trägerschaft – wichtig. Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass die Kommunen koordinierend auf die Bereitstellung von guter Schulsozialarbeit auch an freien Schulen hinwirken. Dabei müssen die Kosten, welche das Land für Schulsozialarbeit übernimmt und den Kommunen aktuell erstattet, auch an den freien Schulen ankommen. Das betrifft vor allem weiterführende Schulen.

Frage 8:

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie ggf., um sicherzustellen, dass freie Schulen angemessen finanziell unterstützt werden, um Nachhaltigkeit und Umweltschutz in ihre Bildungsprogramme zu integrieren und zu fördern?

Antwort der FDP Brandenburg

Dem Selbstverständnis von Schulorganisation der Freien Demokraten ist die Vorstellung einer Schule immanent, die mit einem hohen Maß an Freiheit und Eigenständigkeit arbeitet. Insofern steht es den Schulen frei, die verfügbaren Mittel auch zur Integration von Nachhaltigkeit und Umweltschutz in die Bildungsprogramme zu verwenden.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine praxisnahe Schulbildung ein, um sicherstellen zu können, dass unsere Schulen auch tatsächlich auf das Leben vorbereiten. Hier spielt unter anderem die intensive Kooperation mit Unternehmen eine große Rolle, die wir als Freie Demokraten fördern wollen. Da Nachhaltigkeit und Umweltschutz in der unternehmerischen Praxis eine zentrale Rolle spielen, sehen wir hier auch Raum, mit diesen Themen in Berührung zu kommen.

Frage 9:

Wie stehen Sie zu einer Verbesserung und Sicherstellung der Kita-Finanzierung in Deutschland sowie der Verbesserung der Kita-Personalschlüssel in Brandenburg?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir werden den Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten verbessern. Zuvor muss jedoch dafür gesorgt werden, dass die aktuellen Richtlinien und Schlüssel flächendeckend eingehalten werden.

Wir sehen den Bedarf, die Schaffung neuer Kita-Plätze zu beschleunigen. Dafür muss das Land den Kommunen mehr Mittel zur Verfügung stellen – auch, um die baulichen Voraussetzungen schneller zu schaffen.

Bei den Freien Demokraten hat die Qualität der Betreuung Priorität. Einen einseitigen Blick auf die Beitragsfreiheit auf Kosten der Betreuungsqualität wird es mit uns nicht geben. Weitere Maßnahmen gegen den Personalmangel an Kindertagesstätten werden wir ergreifen:

- Alle Ausbildungen zu einer Fachkraft im Kita-Bereich werden vollkommen kostenlos
- Steigerung der Attraktivität der Berufsausbildung unter anderem durch höhere Ausbildungsentschädigung
- Aufbau multiprofessioneller Teams an Kitas, vor allem zur bürokratischen Entlastung von Erzieherinnen und Erziehern
- Schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse
- Gezielte Anwerbemaßnahmen/ Marketing vor allem zur Anwerbung männlichen Personals

Frage 10:

Wie beabsichtigen Sie sicherzustellen, dass die Betriebskostenzuschüsse für Kitas in freier Trägerschaft angemessen gestaltet sind, um sicherzustellen, dass diese Einrichtungen auf dem gleichen Qualitätsniveau wie öffentliche Kitas arbeiten können?

Antwort der FDP Brandenburg

Als Freie Demokraten werden wir die Kommunen besser bei der Kita-Finanzierung unterstützen. Wir wollen vermeiden, dass freie Träger ihre Kosten bei den Kommunen spitz abrechnen müssen, um den damit einhergehenden extremen bürokratischen Aufwand zu vermeiden. Dafür müssen aber auch die mit der Beitragsfreiheit einhergehenden Zahlungen des Landes an die Kommunen aufgestockt werden.